



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Aussichten des preußischen Landtags.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Aussichten des nächsten preussischen Landtags.

× Der Zusammentritt des preussischen Landtags ist auf den 4. November angesetzt; mit diesem Tage schließen die politischen Ferien, deren die politische Welt Deutschlands sich dieses Mal nahezu fünf Monate lang erfreut hatte.

Die Constellation, unter welcher die preussische Volksvertretung ihre Arbeiten wieder aufnimmt, ist von der der letzten Jahre wesentlich verschieden. In der auswärtigen Politik herrscht, soweit dieselbe auf die inneren Zustände Preußens einwirkt, Windstille. Durch die französischen Rechnungen hat die spanische Revolution einen so dicken Querstrich gezogen, daß selbst Herr v. Girardin gestehen mußte, es sei an eine Action gegen Deutschland für längere Zeit nicht zu denken und das Sprichwort „Aufgehoben ist nicht aufgehoben“ bilde den einzigen Trost der Kriegs- und Alarmpartei. Das neuerdings wieder aufgetauchte Project eines französisch-belgisch-holländischen Handels- und Alliancevertrages befindet sich — wenn es überhaupt in Wendung ist — in einem Stadium, das Befürchtungen vor Friedensstörung zunächst ausschließt; wenn Frankreich mit den Niederlanden den Anfang macht, um Belgien moralisch zum Anschluß zu zwingen, so ist das ein ziemlich weit ausgehender Plan, da die bezügliche Pression auf die Generalstaaten Wochen und Monate in Anspruch nehmen dürfte und trotz aller holländischen Antipathien gegen Preußen doch daran zu zweifeln wäre, daß die niederländische Volksvertretung dem Wagestück einer directen Provocation des östlichen Nachbarn überhaupt irgend welche materielle Opfer bringt. Oestreich ist durch seine inneren Wirren so vollständig an Händen und Füßen gebunden, daß sein Einfluß auf Großdeutsche und Particularisten ebenso rasch abnimmt, wie Frankreichs Hoffnung, Herrn v. Beust in der Aggression gegen Preußen mit fortzureißen. Daran, daß preussischerseits Etwas geschehe, um Frankreich zu einer definitiven Entschliebung zu nöthigen, ist auch nicht entfernt zu denken; obgleich die während des letzten Sommers unternommenen schüchternen Versuche, die todtgeborene Südbundsidee zu elektrifiziren, in ihren ersten Anfängen geschick-

Grenzboten IV. 1868. 16

tert sind, hat sich unser Verhältniß zum Süden seit dem Schluß des Zollparlaments um kein Haar breit verändert. Die Trennung zwischen Nord- und Süddeutschland geht mehr und mehr in das Volksbewußtsein über und jeder neue Tag, den sie erlebt, ist ein Bürge ihrer Dauerbarkeit. Wie weit es mit dem idealen Einheitsbedürfniß der Nation her ist, das sich periodisch in Schützen- und Turnerbanketten manifestirt, wissen alle verständigen Leute seit lange. Die zwingenden Einigungsgründe, welche in der früheren wirthschaftlichen Zerrissenheit Deutschlands lagen, existiren nicht mehr und der gegenwärtige Zustand kann, wenn nicht äußere Ereignisse störend eingreifen, noch lange dauern. Die Geschichte des deutschen Bundes, der seinen eigenen Stiftern für in jeder Beziehung unhaltbar galt, hat zu deutlich ausgewiesen, daß den schwächsten und unvollkommensten Organismen oft das zäheste Leben innewohne, als daß wir logische Argumente für die Unhaltbarkeit des Status quo irgend gelten lassen könnten. Ein Ende wird die Zerreißung Deutschlands allerdings ein Mal nehmen, aber nur ein gewaltsames; an ihren „inneren Widersprüchen“ gehen politische Einrichtungen nicht so leicht zu Grunde. — Für den bevorstehenden preußischen Landtag wird die deutsche Frage um so weniger in Betracht kommen, als innerhalb wie außerhalb Preußens keine Partei als solche dabei interessirt ist, dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu machen; die Fortschrittspartei nicht, weil sie dem Grafen Bismarck überhaupt keinen Erfolg danken will, die nationale Partei nicht, weil sie den Mangel an organisatorischen Kräften zu bitter empfindet, um das Arbeitsmaß derselben zu erhöhen, die Conservativen nicht, weil jeder Schritt weiter den preußischen Premier in das liberale Lager führt. Für die Regierung selbst ist natürlich die Rücksicht auf die äußeren Schwierigkeiten maßgebend und Niemand kann ihr verargen, daß sie eine Pession durch das Volksbedürfniß abwartet, ehe sie die Thüren des Janustempels öffnet.

So wird die auswärtige Politik keine Veranlassung haben, in den Verhandlungen der nächsten preußischen Landtagssession mitzureden — mindestens ist ein fördernder Einfluß auf die Arbeiten unserer Volksvertretung von derselben nicht zu erwarten. Die Kriegsmöglichkeit bleibt, was sie gewesen, die dunkle Wolke die am Horizont schwebte und sichere Rechnungen auf die Zukunft unmöglich machte.

Auf dem Gebiet des inneren Staatslebens zeigt sich die gleiche Regungslosigkeit. In den annectirten Ländern und den verbündeten Territorien hat der Einfluß legitimistischer Intriguen sichtlich abgenommen; wenn auch der Kurfürst von Hessen einen gewapneten Protest gegen die Ereignisse von 1866 erlassen hat, der Herzog von Nassau die Unverjährbarkeit seines Rechts aufs Neue hervorgehoben hat und Georg V. auf einen „Ministerwechsel“ denkt, der die Ungeduld der treuen Hannoveraner beschwichtigen soll, so steht doch

fest, daß die legitimistischen Hoffnungen sich abgekühlt und daß die offenen und geheimen Agenten der Exposedirten an Terrain verloren haben.

Grade der Wegfall dieser äußeren und nachweisbaren Hemmnisse einer gesunden Entwicklung beweist aber, daß es noch vielfach an den positiven Bedingungen zu einer solchen fehlt. Wir sind in ein neues Stadium getreten, schneller als sich irgend hoffen ließ, ist es mit der Periode des offenen und tendenziösen Widerstandes gegen die neugeschaffenen Verhältnisse auf die Reize gegangen; grade darum steht zu fürchten, daß der Abschnitt, in dem wir gegenwärtig stecken und der nicht minder unbehaglich ist, um so länger dauern werde. Acute Krankheiten sind in der Politik wie in der Medicin leichter und rascher zu überwinden, als chronische, habituell gewordene Leiden. Und der Zustand der Apathie und stillen Verstimmung gegen das mit der neuen Herrschaft identische System hat alle Aussicht ein habituelles zu werden. Wenn man die gegenwärtige Stimmung in Hessen, Nassau, Hannover zc. tröstend mit der vergleicht, in welcher die Rheinlande sich nach dem Jahre 1814 befanden, so scheint uns dieser Vergleich nicht besonders glücklich gewählt zu sein. Ganz abgesehen davon, daß in den ehemaligen geistlichen Kurfürstenthümern von dynastischem Gefühl und eigentlichem Staatsbewußtsein nicht die Rede sein konnte, war die Stellung der preussischen Regierung in jenen Provinzen wesentlich dadurch erleichtert, daß dieselben gewisse liberale Einrichtungen besaßen, welche in den alten Provinzen fehlten und den Bewohnern des Rheingaus das schmeichelhafte Bewußtsein gaben, in mancher Rücksicht vor den Alt-Preußen bevorzugt und von diesen verschieden zu sein. In den gegenwärtig neu annectirten Provinzen fehlten diese Ableiter des provinziellen Dünkels. Der Eintritt in den preussischen Staatsverband ist nicht nur nothwendig mit einer Erhöhung der auf dem Volke ruhenden Lasten und Steuern verbunden gewesen, er hat die Hessen und Nassauer zugleich in die peinliche Lage versetzt sich an ein ministerielles Bevormundungs- und Einmischungs-system zu gewöhnen, das den alten Provinzen durch jahrelange Gewöhnung erträglich geworden war. Wenn man den Gang der Dinge, wie er sich in den letzten Monaten gestaltet hat, im Einzelnen nachgegangen ist, so möchte man glauben, die Ministerien der innern Angelegenheiten und des Cultus hätten sich das Wort gegeben, einander in der angenehmen Pflicht der Volksverstimmung abzulösen. Kaum daß Graf Eulenburg mit der Nichtbestätigung von Communalwahlen eingehalten hat, so läßt Herr von Mühlner sich angelegen sein, durch seine Reorganisation des nassauischen Schulwesens die dünngesäten Freunde der nationalen Sache abzustößen. Die Verwandlung der meisten Schulen dieser Landschaft in confessionelle und die absichtliche Förderung clericale Einflüsse auf das gesammte Schulwesen hat nach übereinstimmenden Zeugnissen aller Parteien mindestens ebenso ungünstig gewirkt

wie im vorigen Jahre das Verhalten des Regierungspräsidenten bei den Wahlen zum Reichstage. Unwillkürlich müssen wir die Frage, die sich uns schon früher aufgedrängt hatte, noch einmal wiederholen: mit welchem Recht stößt man die alten und erprobten Freunde zurück, da man sich durch eine ziemlich langjährige Erfahrung von der eigenen Unfähigkeit, neue Freunde zu gewinnen, sattfam überzeugt haben muß? Was verschlägt es, müssen wir weiter fragen, daß die Verhandlungen des hannoverschen Provinziallandtages zu relativ befriedigenden Resultaten geführt worden sind, wenn man gleichzeitig einen wahren Sturm von Unwillen für die nächsten Provinzialversammlungen in den südwestlichen Ländern herauf beschworen hat? Die Stimmung, in welcher die Mehrzahl der neupreußischen Vertreter am 4. November dieses Jahres nach Berlin kommen wird, dürfte der Regierung sehr viel minder günstig sein als die des vorigen Jahres, wo die altpreußischen Glieder der liberalen Parteien durch ihre neuen Collegen wiederholt zu einem entgegenkommenden Verhalten gegen das Ministerium veranlaßt wurden. Die Parole, daß dem herrschenden System heuer scharfer zu Leibe gegangen werden müsse, ist dieses Mal in den nationalliberalen Kreisen Hannovers, nicht wie früher in Berlin oder Breslau ausgegeben worden.

In den alten Provinzen bedingt schon die Waffenbrüderschaft aus der Zeit des Conflicts daß die nationale Partei der Demokratie näher gerückt ist als in den Provinzen, wo die Gesinnungsgenossen sich lediglich nach ihrer Stellung zu der nationalen Frage zusammengesunden haben. Wenn die Versuche zu einer Coalition der Nationalen in der Fortschrittspartei auch dieses Mal noch viel rascher und empfindlicher zu Boden gefallen sind, als im Sommer des vorigen Jahres, so läßt sich doch absehen, daß die nationalen Vertreter der alten Provinzen dem Ministerium noch reservirter entgegentreten werden, als während der letzten Session. Was bis jetzt über die gegenseitige Stellung zu der wichtigsten aller für die Tagesordnung bestimmten Fragen, der nach den Bedingungen kommunaler und provinzialer Selbstverwaltung, bekannt geworden ist, stimmt die Hoffnungen auf freundschaftliche Verständigung ziemlich tief herab und Budgetdebatten haben noch nie und nirgend zu einer Annäherung zwischen Regierung und Volksvertretung geführt. Dazu kommt, daß seit der monatelangen Entfernung des Grafen Bismarck von den Staatsgeschäften auch die weiteren Kreise, welche gewohnt sind nach der äußeren Physiognomie der Dinge zu urtheilen, eine gewisse prickelnde Ungebuld nach Zerstreung der häßlichen Wolken zeigen, welche den Himmel des inneren Staatslebens verhängen.

So erscheinen die Conjunctionen, unter denen sich der Beginn des heurigen politischen Winterfeldzugs vollzieht, als durchweg unerquickliche. Erschütterungen und Conflicte ernstere Natur sind nicht zu befürchten; aber es

fehlt auch Alles, was zu freudiger Inangriffnahme der neuen Arbeit reizen und ermutigen, was die Erreichung des ersehnten Hafens versprechen könnte. Die im Jahre 1866 geschaffenen Zustände als Definitiva anzusehen, haben wir uns noch nicht gewöhnen können, und die Spannkraft, welche uns helfen sollte, den Sprung über den Main zu wagen, ist doch nicht mehr vorhanden. Der eigenthümliche Vorzug deutscher Art ist aber zu allen Zeiten gewesen, auch ohne starke und begeisternde Impulse in der continuirlichen Arbeit nicht zu erlahmen und bei lichtlosem Himmel ebenso unerschütterlich auf dem Posten auszuharren, wie bei strahlendem Sonnenschein und dadurch auszugleichen, was ihr an Raschheit des Entschlusses und praktischem Geschick in der entscheidenden Stunde abgeht. Diesen Vorzug auch unter den gegenwärtigen Conjunctionen zu bethätigen, wird vor Allem Sache der nationalen Partei sein. Unbeirrt durch alle Mißgriffe der Leiter des Staatsschiffes hat sie dem Course treu zu bleiben, den sie seit dem Herbst 1866 eingeschlagen hat. Gerade weil es unserer Partei nicht beschieden war, die entscheidende Wendung zu dem angestrebten Ziel von sich aus zu bewirken, darf sie sich den Ruhm nicht entgehen lassen, auf der letzten, ermüdenden Strecke an Ausdauer und Treue alle übrigen Parteien übertroffen und die Stationen, an denen Halt zu machen war, nur nach ihrer Entfernung vom Hafen beurtheilt und behandelt zu haben.

Die czechische Frage.

Die letzten Ereignisse in Böhmen haben die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf Prag und die große Landschaft gelenkt, wo drei Millionen Slaven unter zwei Millionen Deutschen wohnen. Die slavische Partei, welche sich jetzt die böhmische nennt, während sie noch vor wenig Jahren den Namen der czechischen beanspruchte, steht unter den sogenannten nationalen Fraktionen Europas am ungünstigsten. Es ist ihr nicht gelungen, irgendwo im Auslande Sympathien zu finden, sogar die russischen Journale, welche sich den Verbrüderungseifer der Czechen aus Eitelkeit und Politik gern gefallen lassen, vermögen nicht immer ihre Geringschätzung zu verbergen; im gebildeten Europa ist das Groteske, Unwahre und Phrasenhafte der gesammten czechischen Agitation allzu auffällig geworden, sogar die meisten französischen Journale und die europäische Demokratie, beide nicht wählerisch in ihren Bundesgenossen, betrachten das Gebahren der böhmischen Slavophilen mit Kälte und Ironie.